

Bürger sind unzufrieden mit der Politik, nicht mit Europa

Holzminden (31.05.05).



„Ich hätte es gerne gesehen, wenn die Franzosen Ja gesagt hätten. Jetzt müssen wir Ruhe bewahren.“ Europaabgeordnete Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU) ist enttäuscht von der Volksabstimmung in Frankreich über die EU-Verfassung. „Es ist aber keine Katastrophe“, erklärt sie während des gestrigen Wahlkreis-Besuches dem TAH. Das Ergebnis ist für sie auch kein Zeichen der Ablehnung Europas. „Die Bürger sind mit der Politik unzufrieden“, weiß die CDU-Parlamentariern. „Das Abstimmungsergebnis gibt uns die Möglichkeit, mit den Bürgern stärker in den Dialog zu treten.“ Schlecht sei die Ablehnung wegen der nötigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa.

Die Menschen sollten sich bewusst machen, was die europäische Einigung bisher gebracht habe, fordert sie. „Teil eins ist ein großer Erfolg: 60 Jahre Frieden. Mein Vater und mein Schwiegervater haben noch im Krieg gegeneinander gekämpft, jetzt haben sie gemeinsame Enkel.“ Nun müsse auch Teil zwei umgesetzt werden. Selbst wenn die EU-Verfassung scheitern sollte, werden die Bürger in Europa weiter unter den bestehenden Regelungen der Verträge von Nizza, Amsterdam und Maastricht leben. Auch die Grundrechte-Charta, die Teil der neuen EU-Verfassung ist, behält ihre Gültigkeit. „Die Grundrechte-Charta garantiert das Recht auf Religionsausübung“, erläutert Dr. Quisthoudt-Rowohl. Für sie sei das ein Kriterium, an dem sich beispielsweise auch die Türkei messen lassen müsse. „Wenn es einen Muezzin in Holzminden gibt, dann muss auch eine Fronleichnamsprozession in Izmir möglich sein - wenn es dort eine christliche Gemeinde gibt.“ Sie bleibe weiterhin bei ihrer Ablehnung einer türkischen Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union. Allerdings wünsche sie sich eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Forderung, dass man jetzt auch in Deutschland mit einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung entscheide, halte sie für einen falschen Ansatz. „In Deutschland gibt es keine Tradition der direkten Demokratie.“ Es müsse erst eine breite Diskussion über das Grundgesetz stattfinden, bevor man solche Vorschläge mache. Was in der Zukunft mit der Gestaltung und Förderung von Ziel-II-Gebieten, zu denen auch der Großteil des Landkreises Holzminden gehöre, passiere, lasse sich zurzeit nicht sicher sagen, erläutert die Abgeordnete. Die EU lebe davon, was sie von den Regierungen bekomme. „Wir dürfen keine eigenen Steuern erheben.“ Es sei alles im Fluss, niemand könne im Moment sagen, ob der Landkreis Ziel-II-Gebiet bleibe oder nicht. Auf jeden Fall habe sie ihre Visite im Landkreis Holzminden zu guten Gesprächen nutzen können. In Begleitung des CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Eberhard Asche besuchte sie die Holzmindener Unternehmen Schrader und Schäfer, um sich mit ihnen über Möglichkeiten europäischer Forschungs- und Verkehrspolitik zu unterhalten. Zum Schluss des TAH-Gesprächs bekennt die Europapolitikerin, was ihr wichtigster Wunsch ist: „Dort wo die EU wirklich entscheiden darf, muss sie die Kompetenzen einer Regierung bekommen. Wo sie nur koordinierende Funktion hat, sollte sie wegfallen. Es muss endlich eine eindeutige Zuständigkeit geben.“

30.05.2005 fhm

Quelle: Täglicher Anzeiger Holzminden, Ausgabe 31.05.2005